

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 65 (1985)  
**Heft:** 9

**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Vom Dialog zur «Einbahnstrasse»?

Eine Umfrage unmittelbar vor dem 1. August, die von der Bürgerschaft wissen wollte, ob der Nationalfeiertag abgeschafft werden solle, ergab ein klares Resultat: 82 Prozent wollen ihn beibehalten, 10 Prozent gaben keine oder keine eindeutige Antwort, und nur gerade 8 Prozent wären für eine Streichung. Diesem Bekenntnis zur Bundesfeier steht allerdings die Tatsache gegenüber, dass die Einstellung zur Eidgenossenschaft gerade in letzter Zeit zumindest phasenweise als alles andere denn feierlich erscheint – jedenfalls wenn man der «veröffentlichten Meinung» Glauben schenken soll.

Unser Gemeinwesen lebt als «politische Nation» nicht aus ethnischen Wurzeln, sondern aus einem starken «Gruppenbezug» der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Dieser Bezug ist dann, und nur dann politisch tragfähig, wenn er sich im permanenten öffentlichen Dialog artikuliert. Wesentliches Merkmal dieses Dialogs ist die Toleranz, das heisst die grundsätzliche Bereitschaft, die Meinungen der andern aufzunehmen und ernsthaft abzuwägen – gemäss der prinzipiellen Annahme, dass der andere nicht zum vornherein Unrecht haben muss.

Um diese Toleranz ist es in den letzten Wochen zu Diskussionen und Konfrontationen gekommen, und

zwar einmal mehr vor allem im Zusammenhang mit Radio und Fernsehen, die nach wie vor weitgehend Monopolmedien verkörpern und darum besonders stark auf sachliche und ausgewogene Information verpflichtet sind. Die Auseinandersetzungen gipfelten dabei in der Feststellung eines SRG-Vertreterers, «dass das gesellschaftliche Klima in diesem Lande beängstigende Züge der Intoleranz angenommen» habe. Da werde «Freiraum ausgemessen, Freiheit diszipliniert». Ausgangspunkt für diese Aussage, die von einem der Mächtigsten in der SRG, von Radio-Direktor Andreas Blum stammt, war die auch für seinen Geschmack verfehlte Ausstrahlung einer Schriftsteller-Lesung, die in üble Verunglimpfungen des amerikanischen Präsidenten ausgemündet war. In einer seltsamen, dialektischen Pirouette machte Blum dabei die – auch für ihn an sich berechnete – öffentliche Kritik der «Neuen Zürcher Zeitung» an der Sendung verantwortlich für das, was er als «publizistische Inszenierung der Hysterie» zu bezeichnen beliebte.

Man kann diese Gedankenakrobatik drehen wie man will – sie läuft auf ein windschiefes Toleranzverständnis hinaus: Auf der einen Seite wird anerkannt, dass die «persönliche Meinungsäusserungsfreiheit» nicht schrankenlos sein kann; auf der andern Seite

wird die öffentliche Reaktion auf einen krassen Missbrauch dieses Rechts postwendend als schwerwiegende Form wachsender Intoleranz gerügt. Dies ist nichts anderes als der Versuch, den Dialog auf kaltem Weg zu einem «sens unique» werden zu lassen: Hier die erklärte «kritische Position gegenüber den bestehenden Verhältnissen», und zwar bis hin zur bössartigen «Publikumsbeschimpfung»; dort die «etablierte Gesellschaft», die im Zeichen der Toleranz auf jegliche Gegenwehr verzichten soll, eine Gegenwehr notabene, deren Möglichkeiten hierzulande im internationalen Vergleich ohnehin extrem gering sind.

Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger als den totalen «Denkmalschutz» für eine «Vierte Gewalt», die sich nicht mehr als verantwortlicher Partner, sondern als monopolistischer Allein-Inszenator des öffentlichen Dialogs versteht. Das Prinzip der journalistischen Meinungsfreiheit, das nach liberaler Tradition ein pluralistisches «Recht auf

Gegenseitigkeit» im Rahmen des institutionell gesicherten Dialogs verkörpert, wird damit in ein totales Recht auf persönliche Meinungsfreiheit selbst an den Monopolmedien verfremdet.

Hier vor allem liegt doch wohl die Ursache für das Malaise rund um die Monopolmedien. Der Konsens über ein Mindestmass an echter Gesprächsbereitschaft mit entsprechenden Spielregeln ist irgendwie abhanden gekommen. Das Vertrauen in die intellektuelle Redlichkeit der selbsternannten «Kritiker vom Dienst» ist auf ein Minimum gesunken. Auf einer solchen Basis droht die «Staatsform des Dialogs» immer mehr abzuwirtschaften. Hier gälte es daher für eine so zentrale Institution wie die SRG, endlich zum Wiederaufbau dieses Vertrauens anzusetzen. Mit Vorwürfen der Intoleranz ist da nichts mehr zu gewinnen. Sie tragen lediglich zum weiteren Zerfall der Glaubwürdigkeit bei.

*Richard Reich*

## China-Euphorie

Seit die VR China jenen politischen Leitlinien folgt, die sie nach aussen als «Öffnung» verkauft, sind in der industrialisierten Welt gegenüber dem Reich der Mitte zyklische Stimmungsschwankungen zu beobachten. Momentan zeigt das Barometer ein «stabiles Hoch» an. Die Reformpolitik sorgt dafür, dass China in den Schlagzeilen bleibt. Und in der Tat sind die Informationen, die auf kontrollierten

und unkontrollierten «Nachrichtenschienen» nach aussen gelangen, bisweilen als eher erstaunlich zu bezeichnen. In das einst starre planwirtschaftliche Gefüge ist Bewegung gekommen. Dieser Vorgang ist zweifellos von hohem internationalem Interesse. Und dies nicht zuletzt auch deshalb, weil er in so auffallender Weise mit der sowjetischen Reformangst kontrastiert.

Es ist selbstverständlich, dass auch der internationalen «Businesscommunity» die neuen Zeichen an der chinesischen Reformwand nicht gleichgültig sein kann. Weil sie jedoch gezwungen ist, in die Zukunft zu blicken, also auf Grund der *heute* zur Verfügung stehenden Beurteilungsgrundlagen Prognosen zu wagen, muss eine Reformpolitik, die an bisher geheiligten Prinzipien rüttelt, die das Unerhörte unternimmt, in aller Öffentlichkeit wider den ideologischen Stachel zu löcken, fast notwendigerweise zu einer Stimmungslage führen, die leicht euphorisch eingefärbt ist. Zeiten des Auf- und Umbruchs haben stets einen relativ hohen Spekulationsgehalt.

Es liegt indessen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges genügend historische Evidenz vor, um ohne allzu grosses Risiko einige handfeste Thesen zu formulieren:

These 1: China wird nicht «kapitalistisch».

These 2: China wird ein zentrales Planungssystem beibehalten,

das zumindest Prioritäten setzt. In diesem Sinne sind die Lockungen des «grossen Marktes» zu relativieren.

These 3: Aussenhandelspolitische Öffnung heisst *nicht* Liberalisierung, sondern gezielter Einsatz der zwischenstaatlichen Beziehungen zum Zwecke der Förderung der binnenwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven.

These 4: Die Importmöglichkeiten Chinas sind mittelfristig an seine Exportkraft und an seine Exportchancen gebunden. Auch durch diese Optik betrachtet ist anzunehmen, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden.

Die «normative Kraft des Faktischen» dürfte mithin dafür sorgen, dass im Beurteilungsspektrum allmählich etwas mehr Nüchternheit und Gelassenheit Platz greifen wird.

Willy Linder

## Apartheid – wie lange noch?

Zwei Bedrohungen, die die weissen Südafrikaner schreckten, haben sich als Schreckgespenster erwiesen: die Unterwühlung durch den von der Sowjetunion gesteuerten Kommunismus und das gemeinsame Vorgehen von fünfzig Staaten des schwarzen Afrikas gegen den einzigen von Weissen beherrschten Staat dieses Kontinents.

Die überlegte, massvolle Politik der angesehensten schwarzen Führer bleibt ein entscheidender Faktor, trotz der mehr als suspekten Umstände des Todes ihres begabtesten jungen Politikers Biko im Gefängnis, trotz der blutigen Ereignisse von Sharpeville, Soweto und vielen anderen Orten, trotz des Fehlens der Bereitschaft des nicht «verkrampften», eher liberalen Pieter

Botha, mit solchen Politikern zu sprechen. Chief Butulezi, der mit guten Gründen gegen die Entlassung in «Souveränität» des Zulustaates Einspruch erhebt, spricht für fünf Millionen Zulus – allein diese Gruppe entspricht zahlenmässig der weissen Bevölkerung.

Über den Einfluss der Kommunisten auf diesen Kongress gibt es verschiedene Ansichten, doch von einer grösseren Gefahr als bisher kann nicht die Rede sein. Die nahezu fünf Millionen Weissen sind – das wissen auch die Radikalen – unentbehrlicher Bestandteil des einzigen afrikanischen Staates von einiger Stabilität, der für die umliegenden Staaten weiterhin ein «Menschenmagnet» bleibt. Auch Regierungen von Nachbarstaaten, die grundsätzlich Südafrika befehden, verhandeln zugleich mit dessen Regierung über die Möglichkeit, mehr Arbeiter aufzunehmen. Die Drohung Bothas, Eingewanderte massenweise zurückzuschicken, ist nicht in den Wind zu schlagen; doch Massenausweisungen, wie sie Nigerien veranstaltet hat, sind aus Gründen des Eigeninteresses unwahrscheinlich. Immerhin ist es eine Tatsache, dass die bedrückenden Regimes, die wir von Europa und Lateinamerika kennen, zu Auswanderung führen, während die Republik Südafrika für die Schwarzen ein Einwanderungsland bleibt.

Die panafrikanischen Träume sind ausgeträumt. Die Nachbarstaaten, von Namibia (einst Südwestafrika) über Botswana und Zimbabwe bis Mozambique sind teils direkte, teils indirekte politische Einflussphären, teils militärisch eingeschüchtert, teils wirtschaftlich vollständig von Südafrika abhängig, und diese Abhängigkeit ist

in manchen Fällen – Botswana – ein Impuls wirtschaftlichen Fortschritts.

Was im übrigen Schwarzafrika geschieht, hat – anders als Ghana unter Nkruma – für die Schwarzen Südafrikas nicht mehr Vorbildcharakter. Der international prestigiose Nyerere hat sein Tansanien durch unglückliche landwirtschaftliche Experimente in eine tiefe Krise gestürzt und wurde für Uganda mehr Anarchie- als Ordnungsfaktor. Die Einpartei- und Einmannherrschaft, von Zaire angefangen, die auch in Zimbabwe näher rückt, ist den meisten Schwarzen Südafrikas kein Modell. Es fehlt diesen Staaten sowohl an innerer Solidität wie an panafrikanischer Solidarität.

Wenn diese zwei Faktoren der Furcht wegfallen, bleiben zwei andere: die zunehmend scharfe Kritik des Westens, insbesondere von Präsident Reagan, dessen Engagiertheit manche Linken überraschen mag. Und entscheidend: die innere, immer spannungsgeladene Entwicklung.

Die Apartheid hält seit fast einem Vierteljahrhundert stand und ist dennoch eine Lebenslüge. Sie geht davon aus, dass die Schwarzen in erster Linie Stämmen angehören, deren Sprache und Tradition zu pflegen seien und denen zur Stärkung ihrer verschiedenen «Identitäten» gerade im Zeichen der Rassentrennung geholfen werde. Jene 13 Prozent des Landes, die ihnen zur Errichtung von acht Stammesheimaten zugestanden wurden, sind landwirtschaftlich besonders benachteiligt, und sie sind gar keine Territorien, sondern von zahlreichen weissen Enklaven durchzogen, daher nicht einmal zur Fiktion einer Eigenstaatlichkeit geeignet. In ihrer Mehrzahl leben die fast 24 Millionen

Schwarzen in den Vorstädten der Industriestädte – eine Vorstadt wie Soweto hat über eine Million Einwohner. Sie gelten – mit gewissen Ausnahmen – als geduldete Gastarbeiter, auch wenn sie «natives», also Eingeborene, genannt werden. Sie haben ja ihre Stammesheimat anderswo, sind aber in Wahrheit oft «enttribalisiert».

Diese Scheinstaaten, die international von niemandem anerkannt werden, könnten nur einen Bruchteil der Schwarzen ernähren; vor allem ist die Integration der Schwarzen mit steigender Qualifizierung und gewerkschaftlicher Organisation in die Industriegesellschaft der Weissen fortgeschritten. Die wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas war nur dadurch möglich, dass die räumliche Rassentrennung – unser Staat, eure Staaten – gar nicht verwirklicht wurde, und dass die Arbeits- und Konsumwelt trotz gewaltiger Unterschiede an Lebensstil und Einkommen den Rassen gemeinsam ist. Wenn so viele weisse Geschäfte in den Ruin gedrängt werden, weil die schwarzen Städter einen Boykott durchsetzen, offenbart sich eben jene wechselseitige Abhängigkeit, die von der Staatsideologie geleugnet wird. Seit 1974 wurden manche schikanöse Aspekte der «kleinen Apartheid» aufgehoben – etwa im Bereich der sexuellen Beziehungen, der Eheschliessung. Schon dafür hätte die Regierung ohne die Englischsprechenden unter den Afrikanern allein nicht genügend Rückhalt. Doch die grosse Apartheid blieb fast intakt.

Es galt als günstiges Vorzeichen, als ein Schritt über die Apartheid-ideologie hinaus, dass 1983 Inder und «coloured» – wiederum nicht weit von vier Millionen – Wahlrechte

zurückgegeben wurden, die sie im Kap zuvor in grösserem Mass besaßen. Um so diskriminierter fühlte sich die schwarze Mehrheit. Den latenten Konflikten zwischen Schwarzen und Indern wurde neue Nahrung gegeben. Warum sollen Malayen und Inder als «Ehrenweisse» gelten? Einst hat Frankreich den algerischen Juden die Bürgerrechte gegeben, die den Arabern und Berbern versagt blieben. Das hat den algerischen Nationalismus, der schliesslich gesiegt hat, nur angeheizt.

Es wird schwer sein, auf halbem Weg stehen zu bleiben, aber auch schwer, wenngleich möglich, durch harte Repression die heftiger werdenden Spannungen unter Kontrolle zu halten. Voraussagen eines Zusammenbruchs der weissen Republik haben in diesem Vierteljahrhundert nicht gefehlt. Doch ist die innere Krise gegenwärtig tiefer als zuvor und der Druck des Westens – trotz aller strategischen Überlegungen, trotz der erstrangigen Bedeutung der südafrikanischen Mineralien, in erster Linie des Goldes – wird stärker.

Die Ausschreitungen in den schwarzen Kundgebungen, das Lynchen von schwarzen «Kollaborateuren» – schwarze Polizisten sind ein beträchtlicher Teil der Ordnungskräfte – kann zu Schreckreaktionen führen: die Wilden sind los! Nicht nur ausländischen Beobachtern zwingt sich aber die Einsicht auf, dass das Verschliessen aller Ventile politischen Handelns kaum andere Möglichkeiten des Protestes lässt als solche. Hat der Prozess politischen Umdenkens unter Druck von innen und aussen schon begonnen?

*François Bondy*